

Fördervereinbarung

1. Gemeinnützigkeit

Die Stiftungszwecke der **Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin** (nachstehend Stiftung genannt) sind als gemeinnützig anerkannt.

2. Fördervertrag

Die Fördermittel der Stiftung müssen zur Erfüllung des in der Förderzusage definierten Projektziels wirtschaftlich und sparsam verwendet werden. Die Förderung wird vorbehaltlich der schriftlichen Anerkennung dieser Fördervereinbarung durch den Förderungsempfänger (nachstehend Projektpartner genannt) gewährt. Durch Anerkennung der satzungsgemäßen Bestimmungen, Unterschrift und Rücksendung dieser Fördervereinbarung kommt der Fördervertrag zustande.

3. Projektbeschreibung, Kostenaufstellung und Finanzierungsplan

Rechtsgrundlage dieser Fördervereinbarung sind eine detaillierte Projektbeschreibung sowie eine Kostenaufstellung und der Finanzierungsplan. Diese Angaben müssen der Stiftung vorliegen und sind verbindlich. Alle mit dem definierten Projektziel zusammenhängenden Einnahmen und der Eigenanteil des Projektpartners sind als Deckungsmittel für alle mit dem Projekt zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen.

Über jede Änderung der Projektbeschreibung/Kostenaufstellung und/oder des Finanzierungsplans ist die Stiftung unverzüglich zu informieren.

4. Von der Förderung ausgeschlossen sind:

- a) Allgemeine und laufende Personal-, Verwaltungs- und Bauunterhaltungskosten
- b) Reise- und Bewirtungskosten
- c) Finanzierung von Preisen, Wettbewerben und Stipendien Dritter
- d) Studienarbeiten, Abschlussarbeiten, Promotionen und Habilitationen
- e) Zuschüsse beim Kauf von Kunstwerken
- f) Kommerzielle Einrichtungen
- g) Veranstaltungen (z. B. Stadtteil- oder Schulfeste)
- h) Bereits abgeschlossene Maßnahmen
- i) Druckkostenerstattungen
- j) Einzelpersonen / Einzelfallhilfen
- k) Projekte, die politischen, religiösen oder weltanschaulichen Organisationen oder Gruppierungen zuzuordnen sind.

5. Auszahlungsplan

Mit der Rücksendung der anerkannten und unterzeichneten Fördervereinbarung hat der Projektpartner der Stiftung außerdem einen Auszahlungsplan zu übermitteln, in dem er festlegt, wann und in welcher Höhe (gegebenenfalls in Raten) die Fördermittel wohin zu überweisen sind. Die Fördermittel dürfen nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von 1 Monat nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet werden. Die Fördermittel dürfen erst nach Verbrauch der Eigenmittel in Anspruch genommen werden.

6. Reduzierung der Förderung

Reduzieren sich nach der Bewilligung die in der Kostenaufstellung veranschlagten Gesamtausgaben, erhöhen sich die Finanzierungsmittel oder kommen neue Finanzierungsmittel hinzu, so können die Fördermittel der Stiftung entsprechend reduziert werden. Nach Abschluss des Projekts leitet der Projektpartner der Stiftung zur Bestimmung des tatsächlichen Förderbetrages eine Abrechnung (Verwendungsnachweis) zu. Ein eventuell anfallender Überschuss wird mit den Fördermitteln der Stiftung verrechnet und verringert diese.

7. Gegenstände

Gegenstände, die zur Erfüllung des definierten Projektziels erworben oder hergestellt werden, sind für das Projekt zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Projektpartner darf über sie vor Ablauf von 5 Jahren nach Bewilligung ohne Zustimmung der Stiftung nicht verfügen und muss sie auf Anforderung der Stiftung an diese übereignen. Soweit der Anschaffungs- bzw. Herstellungswert die Grenze von 410 Euro (geringwertige Wirtschaftsgüter i.S.d. Steuerrechts) übersteigt, sind die Gegenstände durch den Projektpartner zu inventarisieren. Der Projektpartner ist verpflichtet, unverzüglich der Stiftung anzuzeigen, wenn zu inventarisierende Gegenstände innerhalb von 5 Jahren seit der Herstellung bzw. Beschaffung nicht mehr entsprechend dem definierten Projektziel verwendet oder nicht mehr benötigt werden.

8. Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Fördermittel ist spätestens 3 Monate nach ihrer vollständigen Auszahlung beziehungsweise der letzten Teilzahlung nachzuweisen. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Projektbericht (mit Überprüfung der in der Projektbeschreibung selbst gesetzten Ziele) und einer vollständigen Projektabrechnung. Soweit der Projektpartner die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG hat, dürfen nur die Preise ohne Umsatzsteuer berücksichtigt werden. Der Projektabrechnung sind die Einnahme- und Ausgabebelege beizufügen. Die Stiftung ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Fördermittel durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

9. Rückerstattung

Der Projektpartner verpflichtet sich, die Fördermittel ganz oder teilweise binnen 1 Monat ohne besondere Aufforderung zu erstatten, wenn

- a) sich die Finanzierung gegenüber dem verbindlichen Finanzierungsplan (vgl. Ziffer 3) ändert,
- b) die Fördermittel durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden sind,
- c) die Fördermittel nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet werden,
- d) die Fördermittel nicht innerhalb von 1 Monat nach Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet werden,
- e) Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt werden,
- f) die Fördermittel nicht verbraucht wurden,
- g) die Fördervereinbarung widerrufen wird.

Nach Ablauf der Frist von 1 Monat ist der Erstattungsanspruch mit 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz pro Jahr zu verzinsen. Für nicht zeitgerecht verwendete Fördermittel kann die Stiftung für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in dieser Höhe verlangen.

10. Sondervereinbarungen

Sondervereinbarungen bedürfen der Schriftform.

11. Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen des Projekts möchte die Stiftung die Beweggründe für ihr finanzielles Engagement für die Menschen im Land Berlin kommunizieren.

Der Projektpartner ist ausdrücklich aufgefordert, die Kommunikation durch Zulieferung von Text- und Bildmaterial zu unterstützen.

Darüber hinaus sind grundsätzlich alle Maßnahmen, die der Projektpartner im Rahmen seiner eigenen Öffentlichkeitsarbeit durchführen möchte, bis spätestens 3 Wochen vor Realisierung mit der Stiftung abzustimmen. Dies gilt insbesondere für alle Druckerzeugnisse (Flyer, Plakate etc.) und die gesamte eigene Pressearbeit (Pressemitteilungen etc.), die der Stiftung vor Produktion und Nutzung zur Abstimmung vorzulegen sind.

Der Projektpartner ist verpflichtet, im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit auf die Förderung durch die Stiftung in angemessener und abgestimmter Weise hinzuweisen. Eine Verlinkung auf die Website der Stiftung darf hierbei nicht erfolgen. Darstellungen des Projektes in der Presse wird der Projektpartner der Stiftung unaufgefordert zusenden.

12. Widerruf

Die Förderzusage kann widerrufen werden, wenn begründet anzunehmen ist, dass das definierte Projektziel mit den bewilligten Fördermitteln nicht zu erreichen ist.

Grundlage der Fördervereinbarung ist die Satzung der Stiftung Berliner Sparkasse von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin vom 27.05.2015.